

Rundbrief Nummer 3/2018

Berlin, im August 2018

Sehr verehrte Leser! Liebe Freunde, Unterstützer und Interessenten!

Der Sommer bleibt. Die parlamentarische Sommerpause ist aus. Schon ging es am 23. August weiter mit einer Sondersitzung der BVV, um die aufgestauten Drucksachen abzuarbeiten.

Was geschah in den letzten Monaten?

Zwei Mitglieder haben unsere Fraktion verlassen. Wie dem Tagesspiegel zu entnehmen war, veranlassten „unüberwindbare persönliche Differenzen“ die beiden zu diesem Schritt. Es handelt sich um die Bezirksverordneten Frau Blank und Herrn Richter.

Unser Fraktionsvorsitzender Herr Keßler gab darum vor der BVV im Mai eine persönliche Erklärung ab. Er stellte für die Fraktion klar, dass keine politischen, sondern rein persönliche Gründe zum Austritt der beiden führten. Die Fraktion bedauere dies, denn sie hätte sich eine Beilegung gewünscht.

Nun sind wir dreizehn, SPD und CDU je elf, die Linke sechzehn.

In den Ausschüssen besetzten wir die frei gewordenen Plätze neu. Einige von uns arbeiten nun in vier Ausschüssen.

Die beiden nunmehr fraktionslosen Verordneten dürfen lt. Geschäftsordnung jeder einen Ausschuss benennen, an dessen Sitzungen sie mit beratender Stimme teilnehmen. Abstimmen dürfen sie nur noch in der BVV, in den Ausschüssen nicht.

Im kommenden Parlamentsjahr zeichnen sich folgende Dauerbrenner ab:

Zum einen ist es Polis* (mit Gender-Sternchen), die Arbeitseinheit der Bürgermeisterin, die dem Bezirksamt den „Kampf gegen rechts“ besorgt. Hier geht es zwar „nur“ um 48.000 Euro jährlich verschwendeter Steuermittel. Wir werden weiterhin gegen diesen Rechtsbruch vorgehen. Denn das Bezirksverwaltungsgesetz sagt eindeutig, BVV und Bezirksamt sind Teil der Verwaltung und somit neutral. Daraus ist zu schlussfolgern, das BA darf keine eigenständige Politik neben dem Abgeordnetenhaus machen.

Der selbstherrliche Beschluss des Senats, in allen Bezirken zwei MUFs zu errichten, kam für unsere Bezirksregierung wohl doch nicht ganz so überraschend, wie sie dann tat. Wir haben anhand der vom Senat veröffentlichten Zahlen errechnet, dass unser Bezirk diese Neubauten nicht braucht - es sei denn, man erwartet die nächste Invasionswelle. Unser entsprechender Antrag wird als Priorität in der morgigen BVV behandelt. Den Inhalt finden Sie hier:

<https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=7724>

Die Sanierung des Rathauses ist beschlossen. Es wird ein „Geschenk“ des Senates an den Bezirk. Die benötigten 22 Millionen kommen aus dem Topf „SIWANA“. Das Wort heißt: Sonderinvestition wachsende Stadt, nachhaltig.

Wir forderten eine andere Lösung für das Rathaus. Nach gründlichen Gesprächen mit dem Architekten Herrn Eisentraut folgen wir nunmehr seinem fachmännischen Rat und zogen den Antrag erst einmal zurück. Wir werden uns mit der Problematik weiter beschäftigen.

Der Bildersturm an der Fassade der Alice-Salomon-Hochschule ist kein Thema mehr. Rückblickend können wir feststellen, dass wir mit unserem Eintreten für den Erhalt des Gedichtes von Anfang an richtig lagen.

Ende April erfuhren wir in einem Ausschuss von unsäglichen Zuständen in einem Hostel, Allee der Kosmonauten 32. Der Sachvortrag war so ehrlich, dass sogar die politische Korrektheit vergessen wurde. Kurz: Die Häuser AdK 32 und 33 sind im Besitz eines Herrn Attatütü (oder so), er wurde im Folgenden als „der Türke“ bezeichnet. Dieser Herr überließ das Haus AdK 32 einer Gruppe, die „die Pakistanis“ genannt, zur Betreuung eines Hostels. Dort ging es drunter und drüber. Ein Hostel war es schon mal gar nicht, denn die Bewohner lebten dauerhaft mit eigenen Möbeln dort. Alles, die Gänge, Nebenräume, auch der Außenbereich wurden restlos vermüllt. Die Angaben über die Anzahl der Bewohnerzahl schwankt. Sie liegt irgendwo zwischen 40 und 140, doch genau weiß es niemand. Jedenfalls seien eine Menge Kinder darunter. Information waren nur durch eine Begehung möglich, und diese nur unter Polizeischutz.

Brandschutz? Hygiene? Nun ja.

Unser Bezirk hat nun seinen eigenen Hotspot. Die Bewohner sind ausländische Leistungsempfänger von Sozialämtern verschiedener Bezirke, dem Vernehmen nach zumeist Tempelhof-Schöneberg.

Das Haus wird geräumt, Besitzer und Betreiber streiten sich vor Gericht, das Wasser ist schon abgestellt. Das Bezirksamt berichtet nur spärlich, die lokale Presse gar nicht.

Wir bleiben dran.

Verkehr

Die Posse „Sperrung Rapsweg“ hatte ein Nachspiel. Angefangen hat alles mit einer Bürgerversammlung des Biesdorfer Direktmandatsinhabers Christian Gräff (CDU). Er lud die Anlieger des Rapsweges ein, um mit ihnen über den Verkehr (im Getreideviertel) zu sprechen. Danach veranlasste der Verkehrsstadtrat Herr Martin (CDU) die Anbringung des roten Einbahnstraßenschildes am Rapsweg. Damit war der Rapsweg aus westlicher Richtung zu! Die CDU macht eben Politik für ihre Wähler! Wie die Hellersdorfer autofahrenden Bürger von der Arbeit nach Hellersdorf heimkommen, ist dann völlig egal, weil nicht CDU-Direktwahlkreis. SPD und Linke wetterten, zu Recht. Wir schauen schmunzelnd zu.

Das Schild wurde wieder entfernt und der Zustand vom Sommer letzten Jahres wiederhergestellt.

Doch statt daraus zu lernen, wiederholt die CDU dieses Vorgehen in Mahlsdorf. Für den Ortskern Mahlsdorf muss eine Lösung gefunden werden. Dazu wurde ein Beirat installiert, dem neben je einem Vertreter jeder BVV-Fraktion Mahlsdorfer Bürger, Gewerbetreibende, Vereine angehören. Dieses Gremium berät die von der Senatsverwaltung vorgestellten Varianten der Verkehrsführung.

Das Pikante ist die Frage: Wohin mit dem Autoverkehr? Niemand will ihn haben.

Es gibt die Durchfahrt unter der sehr breiten Mahlsdorfer S-Bahn-Brücke, daneben noch den beschränkten Bahnübergang Lemkestraße. Eine Umgehungsstraße muss her, doch wo? Die Landsberger Straße war schon immer dafür vorgesehen, eigentlich. Doch wegen Geldnot wurde die notwendige Brücke nie errichtet. Im Laufe der mehr als 30 Jahre haben sich die Anlieger der Landsberger Straße an ihre breite, leere Straße sehr gut gewöhnt. Niemand dort möchte die Brücke haben.

Der Stadtrat für Verkehr Herr Martin (CDU) beauftragte eine Firma mit der Erstellung eines Gutachtens über den Verkehr in Mahlsdorf. Es wurde gemessen, es wurde anhand der

Kennzeichen Quell- und Zielverkehr ermittelt, um herauszufinden, welcher Anteil Durchgangsverkehr ist. Lösungen werden gesucht! Doch die Überbrückung an der Landsberger scheidet wie selbstverständlich von vornherein aus. „Geht ja gar nicht!“. Verschiedene Wege der Umfahrungen durch die Gemeinde Hoppegarten wurden erwogen.

An einem Mittwoch tagte der Verkehrsbeirat. Der Stadtrat Herr Martin (CDU) leitete die Sitzung. Doch es kam Unmut auf, als bekannt wurde, dass tags drauf am Donnerstag das direkt gewählte Mitglied des Abgeordnetenhauses Mario Czaja (CDU) in Mahlsdorf zu einer Bürgerversammlung eingeladen hatte, um Möglichkeiten der Umfahrung Mahlsdorf vorzustellen.

Leider, leider konnte der Stadtrat dem gewählten Gremium die Ergebnisse der Studie der Firma, die sein Ressort in Auftrag gab und die mit Steuergeldern bezahlt wurde, nicht vorstellen: „Habe den USB-Stick leider nicht dabei“.

Am nächsten Tag präsentierte Herr Czaja (CDU) vor etwa 300 sehr interessierten Bürgern in dem Park des Frans-Hals-Platzes die Ergebnisse der Studie. Man konnte sie dann auch von seiner Internetpräsenz abrufen. Also von der Internetseite des Herrn Czaja, nicht des Bezirksamtes.

In der BVV der Woche drauf prasselte dementsprechend Kritik auf Stadtrat Martin (CDU) nieder. Während Linke und SPD den Sachverhalt an sich kritisierten, stellte unsere Fraktion in ihrem Redebeitrag die Angelegenheit in einen größeren Zusammenhang. Denn hier sieht man sehr deutlich, was gemeint ist, wenn es heißt, die Parteien nehmen sich den Staat zur Beute.

Ein auf staatliche Kosten, also auf Kosten der Gemeinschaft, erstelltes Gutachten wird zu parteipolitischer Profilierung genutzt!

Zu Beginn der Veranstaltung auf dem Frans-Hals-Platz, vor Eintreffen der vielen Bürger, waren zwei Vertreter unserer Fraktion bereits dort. Herr Czaja kam heran, man kennt sich, man begrüßt sich. Wir nannten unsere Kritik. Er verstand nicht. Und zwar deswegen, weil er kein Unrecht darin zu erkennen vermag. Weil es ihm selbstverständlich erscheint, sich und seine Partei auf Kosten des Steuerzahlers zu profilieren.

Das war jetzt eine lange Geschichte.

Inzwischen kocht das Thema Lemkestraße auf. Sie soll scheinbar klammheimlich zur Durchgangsstraße aufgehübscht werden. Ein Baumgutachten ging durch die Lokalpresse. Eine Asphaltdecke soll kommen.

Der historische Charakter der Lemkestraße wäre dahin. Doch alles hängt an dem seidenen Faden des beschränkten Bahnübergangs. Was passiert, wenn die Bahn-AG den Bahnübergang schließt? Wir konstatieren: Die CDU sucht verzweifelt nach einer Lösung ohne Einbeziehung der Überbrückung der Landsberger Straße.

Überhaupt die CDU!

Man sollte annehmen, dass man es mit Verordneten zu tun hat, die vom Grunde her konservative Werte vertreten. Männer und Frauen, die sozialistische Experimente ablehnen!

Eigentlich ja. Aber!

Aber nicht zusammen mit der AfD! Das lässt deren Parteiräson nicht zu.

Konkretes Beispiel: Von der Gruppe der Grünen kommt (über Die Linke) der Vorschlag, der Bezirk möge Lastenfahräder über das Förderprogramm des Senates beschaffen und diese in den Stadtteilzentren zum Ausleihen anbieten.

Wir rechnen überschlägig: Ein Rad rund 5.000 Euro (Elektro) mal elf Stadtteilzentren, das macht ... und der Senat bezahlt. Womit? Mit Steuergeld!

Hier sehen wir wieder einmal ganz deutlich die rot-grüne Denke: Was kann man alles Schönes kaufen von dem Geld anderer Leute?

Der Sinn der Anschaffung ist ebenso unklar. Wer, bitte schön, wird sich denn ein Lastenfahrzeug ausleihen, und wozu?

In dem Ausschuss für Umwelt, Natur, Verkehr und lokale Agenda sah die CDU es auch so wie wir. Und argumentierte hart gegen den Antrag! Bis es dann zur Abstimmung kam. Wir stimmten dagegen, doch die CDU, oh Wunder, enthielt sich plötzlich! Denn hätten sie mit uns dagegen gestimmt, wäre der Antrag verhindert. Doch dann hätte es womöglich geheißen „Die CDU verhinderte gemeinsam mit der AfD ...“

Bibliotheken!

Der Bezirk unterhält mehrere Bibliotheken. Das ist Kultur, und das ist gut so. Der Ausschuss für Kultur und Weiterbildung führte eine seiner Sitzungen in der Bibliothek am Springpfuhl, Helene-Weigel-Platz 5, durch. Es ist das Haus mit dem Glastürmchen mit der Postbankfiliale. Vor einigen Jahren lautete in Berlin die Parole: Alles verkaufen, dann zurückmieten! So auch mit diesem Haus.

Das Haus befindet sich in einem jämmerlichen baulichen Zustand, die Bibliotheksräume ebenso. Das Bezirksamt liegt mit dem Hausbesitzer im Streit über die Miethöhe. Er will mehr Miete, dann würde er investieren. Das BA sagt nein, keine höhere Miete für diese Bruchbude, erst investieren!

Verkaufen und zurückmieten? Heute sei man klüger, so sagt uns die zuständige Stadträtin Frau Witt (Linke).

Jetzt wäre noch zu reden über das Mietobjekt Helle Mitte, wo die Bezirksverwaltung arbeitet. Es kostet eine schlappe Million Euro im Jahr Miete. Darin das Rathaus (mit dem grässlichen Rathaussaal), das Standes- und das Bürgeramt Helle Mitte. Dort herrscht Klimaanlage-Chaos. Schon im Mai waren es 43 Grad, das sind unzumutbare Arbeitsbedingungen. Unser Stadtrat Herr Braun (AfD) veranlasste aus Gründen der gesundheitlichen Fürsorge die vorübergehende Schließung des Bürgeramtes.

Nicht besser im Bürgeramt am Elsterwerdaer Platz! Fünf Meter hohe Glasfrontfenster, aber kein außenliegender Sonnenschutz! Drinnen 40 und mehr Grad. Doch die Bürger haben Termine. An dieser Stelle ein großes Danke an die Beamten und Mitarbeiter!

Die Schulbauoffensive ist ein Kraftakt des Senats, auszuführen durch die Bezirke. Hier gab es eine kleine Hintergrundgeschichte: Der Senat plante zur Durchführung die Gründung einer Schulbau-GmbH. Dagegen stemmten sich die Bezirksbürgermeister, allen voran unsere Frau Pohle (PDS, äh nee Linke). Das muss der Neid lassen! Es gelang ihr, den Moloch einer zusätzlich geldfressenden Postenversorgungs-GmbH abzuwenden. Stattdessen werden nun Kooperationen zwischen Bezirken mit gleichen Schulbau-Typen gegründet.

Der hier zuständige Stadtrat ist Herr Lemm, (SPD). Dieser Kraftakt krankt schon im Ansatz. Die Bezirke wurden über Jahre kaputtgespart, es wurde über Jahre Personal abgebaut, bis 2017. Nun schwenkt das Pendel zur anderen Seite, es darf wiedereingestellt werden. Dennoch mangelt es an Personal, um (wie geschehen) bei dem Senat die dort bereitgestellten Gelder abzurufen. Es ist ein Jammerspiel.

Da kommt die Kampagne „Quer- oder Seiteneinsteiger“. Das bedeutet, Studenten der Alice-Salomon-Hochschule werden per Vertrag zur Arbeit in der Bezirksverwaltung verpflichtet. Nun hat ein angehender Sozialpädagoge zwar keine Ahnung von Verwaltungsrecht, aber das mache ja nichts, dafür gäbe es Vorgesetzte.

Zum Schulanfang plärrte die Nachricht von den „seitlich eingestiegenen“ Lehrern aus den heimischen Propagandalautsprechern. Das ist zwar kein Bezirks-, sondern ein Senatsthema, zeigt aber das Prinzip! Der Vergleich zum Neulehrer anno 1945 drängt sich auf: „Lieber ein Lehrer, der Blume mit „h“ schreibt, wenn er nur den richtigen Klassenstandpunkt hat!“ Die Alice-Salomon-Hochschule steht in dem Ruf, die Nachwuchsschmiede der Antifa zu sein.

Das Bezirksamt begeht oft und gern Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit der Zeit des NS stehen. Mit dem Gedenken an die Opfer der zweiten deutschen Diktatur tut man sich jedoch schwer. Anlässlich der Wiederkehr des 17. Juni 1953 wurde in der BVV eine kleine Feierstunde durchgeführt. Das lag wohl daran, dass auch die CDU darauf bestanden hatte. Unsere Fraktion ging einen Schritt weiter und legte zum Gedenken der Opfer des 17. Juni einen Kranz nieder. Es zeigt sich, dass unser Bezirk zwar für viele Opfergruppen Gedenkorte einrichtete, jedoch nicht einen einzigen für die Opfer des DDR-Unrechts. So wählten wir unter Bezug auf den Bauarbeiterberuf den „Richtkranz“ an der AdK nahe der Marchwizastraße.

Dort befindet sich ein kleines Ärztehaus. Das Grundstück wurde verkauft, der neue Besitzer plant die Errichtung eines Wohnhauses. Den Ärzten und der Physiotherapie drohte die Kündigung. Wir stellten eine Große Anfrage bezüglich der ärztlichen Versorgung in dem Kiez. Diese wurde von Frau Pohle am 23.08.2018 mündlich beantwortet. Kurz gesagt, in Verhandlung mit dem neuen Grundstückseigner erhielt sie die Zusage einer unterbrechungsfreien ärztlichen Versorgung.

Am 23.08.2018 gab es eine Sondersitzung der BVV, um die vielen aufgelaufenen Drucksachen abzuarbeiten. Neue Anträge waren möglich. So ein Antrag auf Amtsverlängerung der Bezirksbürgermeisterin Frau Pohle, die im September 65 wird. Amtsverlängerung über die Altersgrenze hinaus ist möglich, aber nur mit Zustimmung der BVV (einfache Mehrheit). Linke, SPD und CDU haben 2016 ihre Zusammenarbeit für die Legislaturperiode beschlossen und arbeiten diesen Plan ab. Dazu gehört auch die Wiederwahl Frau Pohles. Herr Thielebein (Linke) trat ans Rednerpult, lobte Frau Pohle empfahl allen die Wiederwahl. Nach ihm Herr Mätz (SPD, anschließend Herr Pfeifer (CDU). Auch die AfD ergriff das Wort. Herr Pachal bedankte sich für die vorangegangene Beantwortung der Großen Anfrage zu der Marchwizastraße und für das Engagement der Bürgermeisterin, diese Angelegenheit im Sinne der Patienten zu lösen. Eine Wiederwahl wurde jedoch nicht empfohlen, zu tief sei die Kränkung mit der Verachtung des Wählerwillens. Frau Pohle wurde gegen die Stimmen der AfD wiedergewählt.

Die nächste BVV findet am 30.8.2018 ab 17 Uhr statt:

<https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/to010.asp>

Ausschusstermine bitte online einsehen:

<https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/si010.asp>



Das jährliche Marzahn-Hellersdorfer Erntefest wird mit einem Umweltfest verbunden. Auf diesem Fest wird die Fraktion mit einem Info-Stand vertreten sein am

08. und 09. September 2018 jeweils 11 bis 18 Uhr in Alt-Marzahn

Wir wünschen Ihnen eine gute Zeit, freuen uns über Ihre Anregungen und Kritik und r hoffen, dass dieser Rundbrief wieder Ihr Interesse gefunden hat. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und auch sachliche Kritik! Gerne stehen Ihnen die Fraktionsmitglieder auch zu einem persönlichen Gespräch zur Verfügung. Nehmen Sie Kontakt zu uns auf!

Ihre

Mitglieder der
Fraktion der AfD in der BVV
Marzahn-Hellersdorf

Kontakt: <mailto:email@afd-fraktion-mahe.de>

Homepage: <http://www.afd-fraktion-mahe.de/>

Telefon: 030 90293 5832

Sie dürfen Diesen Rundbrief in unveränderter Form gerne im Familien- und Freundeskreis weitergeben. Für Veröffentlichungen in Publikationen oder im Internet benötigen Sie unsere Zustimmung.

Wenn Sie bisher nicht im Verteiler aufgenommen sind oder keine weiteren Informationen wünschen, bitten wir sie um eine Nachricht.